

# **Das Gespräch zwischen Wojciech Jaruzelski und Oskar Lafontaine am 5. April 1990**

## **Eine Dokumentation**

von

Włodzimierz Borodziej

### **Einleitung**

Am 4. April 1990 kam der 47jährige Oskar Lafontaine als saarländischer Ministerpräsident und stellvertretender SPD-Vorsitzender, vor allem aber als Hoffnungsträger seiner Partei für eine Bundestagswahl 1990, nach Warschau. Die Hoffnungen waren allerdings seit einigen Wochen gedämpft: Noch im Februar lagen die beiden großen Parteien in der traditionellen Spiegel-Umfrage nahezu ex aequo (CDU/CSU – 40%, SPD – 39%), während Lafontaine mit 73% klar vor Helmut Kohl (59%) führte. Nach den Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März, die eine deutliche Niederlage der SPD brachten, wurde halbwegs absehbar, daß die SPD (39%) gegen die CDU/CSU (42%) im Nachteil lag. Lafontaine rutschte auf 65% ab, Kohl auf 54%. Der Spiegel erkannte den dominierenden Trend und titelte folgerichtig „Kohls Sieg schon sicher?“.<sup>1</sup>

Der um eine Generation ältere Wojciech Jaruzelski (geb. 1923), letzter Präsident der Volksrepublik Polen und das erste Staatsoberhaupt der seit 29. Dezember 1989 existierenden Republik Polen, war trotz seiner Funktion, ähnlich wie Lafontaine – freilich aus ganz anderen Gründen –, kein echter Entscheidungsträger im diplomatischen Spiel um die deutsche Einheit. Jaruzelski, seit 1943 Berufsoffizier und Kommunist, seit 1968 Verteidigungsminister, seit 1971 Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), war 1981 zum faktischen Staats- und Parteichef geworden und hatte am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht in Polen einführen lassen. 1988 hatte er die Fühlungnahme mit der bisher illegalen Opposition gebilligt, die Gespräche am „Runden Tisch“ und den Machtwechsel nach den Wahlen am 4. Juni 1989 durch seine persönliche Autorität innerhalb des bisher herrschenden Milieus abgesichert. Von seriösen Zeitgenossen ist ihm nie der Vorwurf gemacht worden, den gewaltlosen Übergang von der Volks- in die adjektivlose Republik Polen zu irgendeinem Zeitpunkt seiner Präsidentschaft (Juli 1989–Dezember 1990) behindert zu haben. Ungeachtet der unterschiedlichen Lebensläufe, scheint sein Verhältnis zu dem Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki und dem Außenminister Krzysztof Skubiszewski, gerade im Hinblick auf den Prozeß der deutschen Vereinigung, vertrauensvoll gewesen zu sein: Alle drei gehörten der durch den Zweiten Weltkrieg und den

<sup>1</sup> Der Spiegel, 26.2.1990 und 2.4.1990, Umfragen vom Februar und März 1990.

nachfolgenden Kalten Krieg geprägten Generation an, alle sahen wohl bereits früh die Zwangsläufigkeit der Einigung Deutschlands innerhalb der Grenzen der ehemaligen vier Besatzungszonen ein, alle verband die – durch die Taktik Kohls genährte – Befürchtung, daß die Bundesrepublik im letzten Augenblick die polnische Westgrenze infrage stellen könnte. Jaruzelski hatte allerdings – im Unterschied zu Mazowiecki und Skubiszewski – vor 1989 kaum Erfahrungen mit nichtpolitischen oder nichtparteilichen Kreisen in der Bundesrepublik gemacht; er kannte die Spitzenpolitiker der DDR und einige der BRD (hier vor allem die Führung der SPD; auf sein besonderes Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie geht er auch in dem unten dokumentierten Gespräch ein), war jedoch nie in der Bundesrepublik gewesen und hatte kaum Erfahrung mit dem „normalen“ Westen.

Lafontaine traf in Warschau mit mehreren führenden polnischen Politikern zusammen, u.a. mit Außenminister Skubiszewski. Der Besuch fand in einer aufgeregten Atmosphäre statt, denn der Auflösungsprozeß der DDR hatte durch das Ergebnis der Volkskammerwahl eine neue Beschleunigung erfahren. Jaruzelski hatte soeben öffentlich den Vorschlag einer Demilitarisierung und Neutralisierung des DDR-Staatsgebiets bzw. der Stationierung polnischer Truppen zwischen Oder und Elbe gemacht.<sup>2</sup> Der Staatspräsident bejahte – als Anlaß diente ein Artikel von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt über Deutschland und Frankreich nach dem Zerfall des Eisernen Vorhangs – das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, betonte gleichzeitig jedoch die Rolle der Oder-Neiße-Grenze, vor allem aber die Notwendigkeit der Stärkung des Systems der kollektiven Sicherheit; in diesem Kontext stellte er Überlegungen an, ob nicht die Präsenz amerikanischer, britischer und anderer westlicher Truppen in Westdeutschland („wenn sie dort bleiben sollten“) durch die Stationierung polnischer Einheiten („und jener Staaten anderer ostmitteleuropäischer Länder, die von Anfang an auf seiten der Alliierten gekämpft hatten“) „auf dem Gebiet der heutigen DDR“ eine Gegengewicht finden sollte.<sup>3</sup> Die Idee fand in der polnischen Öffentlichkeit wenig Widerhall, zumal die Vorstellung von einer Neutralität bzw. Demilitarisierung des vereinigten Deutschland zu diesem Zeitpunkt nur noch von Moskau lanciert wurde, während der Bundeskanzler fast auf den Tag genau in einem Interview für

<sup>2</sup> FAZ, 6.4.1990 („Polnische Truppen in Deutschland?“).

<sup>3</sup> WOJCIECH JARUZELSKI: Wyjść z zakłętego kręgu [Aus dem Teufelskreis heraustreten], in: Polityka, Nr. 14 vom 7.4.1990.

die „Isvestija“ sie abermals ablehnte<sup>4</sup> und auch die nichtkommunistischen Politiker Polens diesen Gedankengang nicht teilten<sup>5</sup>.

Abgesehen von kurzen Notizen, sind kaum Spuren des Lafontaine-Besuchs in der Presse zu finden. Die zu diesem Zeitpunkt bereits einflußreichste polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ machte aus dem Besuch ähnlich wie andere polnische und deutsche Pressetitel keinen großen Aufmacher, berichtete allerdings nach seinem Abschluß auf Seite 1, Lafontaine habe seiner vollen Unterstützung für die Oder-Neiße-Grenze Ausdruck gegeben – Dissens habe er mit seinen polnischen Gesprächspartnern lediglich hinsichtlich der Frage der Rolle der Linken in Europa und hinsichtlich des Tempos der europäischen Integration festgemacht.<sup>6</sup>

Intern soll sich der Hoffnungsträger der SPD „etwas gewundert“ haben über die „starke Anhänglichkeit der polnischen Politiker für die Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen“.<sup>7</sup> In dem Gespräch Jaruzelski-Lafontaine ist die Geschichtsbezogenheit des Gastgebers tatsächlich auffällig, obwohl es im Grunde um andere Themen geht: Um die Ausgestaltung der wiedergewonnenen Souveränität Polens, seine politische und ökonomische Verfassung, den Einfluß der absehbaren Wiedervereinigung Deutschlands auf Europa und das deutsch-polnische Verhältnis, die künftige „europäische Architektur“, schließlich um Rolle und Selbstverständnis der Linken. Der polnische Staatspräsident offenbart sich als echter Konservativer, der aber seine Ansichten und Betrachtungsweise sowohl der innenpolitischen Szene (Hinweis auf angebliche Verschärfung des antikommunistischen Drucks, Sorge vor einem „neuen Monopol“, das gegen die „Linke“, d.h. die Nachfolger und Erben der PVAP, aufgebaut werde) als auch der deutschen Frage (Angst vor deutschem Übergewicht, Aussöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis, Rüstungsbegrenzung, Moskaus Sicherheitsbedürfnis) durchaus nicht als Dogmen betrachtet; seine Unterstützung für den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Mazowiecki drückt er hingegen ebenso klar aus wie die Verantwortung der von der PVAP dominierten Eliten in Armee und Polizei, schließlich seine persönliche als Staatsoberhaupt. Lafontaine äußert sich zur

<sup>4</sup> Siehe dazu im polnischen Kontext ARTUR HAJNICZ: Polens Wende und Deutschlands Wiedervereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992, Paderborn u.a. 1995, 50 f., 65. Der Besuch Lafontaines war übrigens von derart geringer praktischer Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen, daß er weder von Hajnicz noch von DIETER BINGEN: Die Polenpolitik der Bonner Regierungen von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, erwähnt wird.

<sup>5</sup> Dies wird auch ausdrücklich bestätigt in der FAZ, 7.4.1990 („Warschau hofft und fordert nicht“).

<sup>6</sup> Gazeta Wyborcza, 6.4.1990.

<sup>7</sup> Große Teile der Aufzeichnung Skubiszewskis über das Gespräch mit Lafontaine am 4.4.1990 sind abgedruckt in: MIECZYSLAW TOMALA: Zjednoczenie Niemiec. Reakcje Polaków. Dokumenty i materiały [Die Vereinigung Deutschlands. Reaktionen der Polen. Dokumente und Materialien], Warszawa 2000, S. 138–140 (allerdings ohne den oben zitierten Satz).

polnischen Situation kaum, bleibt zurückhaltend bis skeptisch, spricht sich dafür dezidiert für eine Vertiefung der Integration auf der Basis eines „Europa der Regionen“ aus, für die Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses u.a. durch die Bildung einer binationalen Brigade.<sup>8</sup> In dem folgenden Dialog spricht Jaruzelski seine Ängste und Zweifel an, wiederholt sein Bekenntnis zu den Errungenschaften Volkspolens, während sein Gesprächspartner versucht, ihn für eine zukunftsorientierte Perspektive der Linken zu gewinnen; die Kluft zwischen dem konservativen, ehemaligen Berufsoffizier und Parteifunktionär und dem sozialdemokratischen Visionär wird nicht geringer, obwohl in keinem Punkt des Gesprächs der Eindruck von unüberbrückbaren Gegensätzen entsteht.

\*

Der Verfasser der Aktennotiz, der stellvertretende Leiter des Kabinetts des Staatspräsidenten Sławomir Cytrycki, war offensichtlich kein Berufsdiplomat. Seine nach professionellen Maßstäben amateurhafte Aufzeichnung über das knapp zweistündige Gespräch am 5. April ist auffallend lang, vor allem deshalb, weil sie viele wörtliche und relativ belanglose Zitate enthält. Andererseits verschafft uns gerade der ungewöhnliche Charakter dieser Aktennotiz einen guten Einblick sowohl in das Protokoll der deutsch-polnischen Spitzengespräche 1990 als auch in die Gedankengänge beider Gesprächspartner, die als Element des beginnenden Dialogs zwischen einer nun postkommunistischen polnischen Linken und der sozialdemokratischen, jetzt vor neuen Entscheidungshorizonten stehenden deutschen Linken dokumentiert werden.

*Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych*  
Pf. – 205/D IV/90<sup>9</sup>

Für den Dienstgebrauch

Aufzeichnung eines Gesprächs des Präsidenten der R[epublik] P[olen], Wojciech Jaruzelski, mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine

/Belweder, 5. April 1990/

<sup>8</sup> Der Vertrag zwischen beiden Verteidigungsministern ist am 25. Januar 1993 unterzeichnet worden. Die Idee einer multinationalen Einheit wird seit 1997 in Form eines dänisch-deutsch-polnischen Korps verwirklicht; vgl. dazu jüngst SVEN BERNHARD GAREIS: *Polsko-niemiecka współpraca wojskowa* [Die deutsch-polnische militärische Zusammenarbeit], in: *Polacy i Niemcy na drodze do partnerskiego sąsiedztwa. Próba bilansu dziesięciolecia 1989–1998* [Polen und Deutsche auf dem Weg zur partnerschaftlichen Nachbarschaft. Versuch einer Bilanz des Jahrzehnts 1989–1998], hrsg. von DIETER BINGEN und KRZYSZTOF MALINOWSKI, Poznań 2000, S. 291–309.

<sup>9</sup> Ein kurzer Abschnitt aus diesem Dokument zitiert in TOMALA (wie Anm. 7), S. 140 f.

Bei der Begrüßung von O. Lafontaine und der ihn begleitenden Persönlichkeiten drückte der Präsident [seine] Zufriedenheit über die Möglichkeit aus, ihn persönlich kennenzulernen, sowie über das erneute Treffen mit H[orst] Ehmke und H[ans] Koschnick, die vieles für die Beziehungen zwischen unseren Staaten getan haben. „Dieser Besuch ist ein bedeutsames Ereignis. Denn aus Sicht sowohl Polens als auch Deutschlands und Europas leben wir in solchen Zeiten, wo derartige Begegnungen, die die Möglichkeit zum Meinungsaustausch geben, sehr nützlich und zeitgemäß sind.“

„Ich bedanke mich sehr in meinem Namen sowie im Namen meiner Freunde für die Begrüßungsworte und für die uns gewidmete Zeit“, sagte O. Lafontaine. „Wir sind gerne hierher gekommen. Besonders ich persönlich würdige diesen Besuch und die Möglichkeit, Sie kennenzulernen. Die Herren Ehmke und Koschnick hatten bereits früher diese Ehre. Wir sind uns der auf Ihnen ruhenden Pflichten und Aufgaben gegenüber der polnischen Nation bewußt. Wir wären dankbar, von Ihnen zu hören, wie Sie die Situation bewerten, wie Sie den Zustand der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten bewerten?“

Der Präsident stellte fest, daß er großes Gewicht darauf legt, daß die deutsche Gesellschaft die Probleme Polens und die Bedeutung der polnisch-deutschen Beziehungen wahrnimmt. „Ich schätze das Gewicht der Meinung, die in diesen Angelegenheiten Ihre Partei repräsentiert, die einen großen Beitrag im Werk der Annäherung unserer Nationen und der gegenseitigen Verständigung geleistet hat. Ich drücke [meine] Wertschätzung für die SPD und jene ihrer Funktionäre aus, die – wie W[illy] Brandt – über all die Jahre gegen Schwierigkeiten und Widerstände die Grundlagen für die Annäherung gelegt haben. Ich halte es für ungemein wichtig und wertvoll, daß in einer Umbruchzeit des Wandels der Dialog zwischen Polen und Deutschen aufrechterhalten wird, darunter derjenige zwischen der SPD und jenen Kräften in Polen, die an der Zusammenarbeit mit der SPD interessiert sind.“

„In die Details der historischen Entwicklung der Situation werde ich nicht eingehen“, sagte der Präsident sodann. „Ich denke, daß Sie die Meinung teilen, daß die Veränderungen, die sich in Polen ereigneten, in dieser Region einen Pioniercharakter haben. Polen wurde für diesen Teil der Welt ein Experimentierfeld, auf dem sich in evolutionärer Weise, obwohl radikal, der Übergang zu einem neuen Modell vollzieht. Wenn man die Emotionalität unserer Gesellschaft berücksichtigt, verdient die Art, wie sich diese Transformation vollzieht, Anerkennung.“

„An dieser Stelle mache ich eine gewisse Abschweifung“, sagte der Präsident. „Wir waren immer der Meinung, daß die Polen zu großen, heldenhaften, vor allem militärischen Aktionen fähig sind. Im Allgemeinen waren das einmalige Aktionen, angesichts einer Bedrohung. Das war ein ‚Strohfeuer‘, das meistens rasch erlosch. Gegenwärtig erleben wir eine erfreuliche Überraschung, denn unsere Gesellschaft stimmt mit einer bewundernswerten Beharrlichkeit und Langmütigkeit großen Entbehrungen zu. Daß sie diese toleriert, bedeutet überhaupt nicht, daß sie sich darüber freut. Denn diese Entbehrungen sind schmerzhaft und beschwerlich. Wir sind uns bewußt, daß die Saite nicht überspannt werden darf und daß sich der Gesellschaft merkbare Anzeichen einer Verbesserung zeigen müssen. Und sei es in Gestalt einer Eindämmung der Inflation. Aber es gibt auch viele beunruhigende Erscheinungen und Gefährdungen. Der Zeitpunkt ist in der Tat ungemein wichtig. Die nächsten Monate entscheiden, wie sich die Angelegenheiten weiter entwickeln.“

„Was kann man vorhersagen? Es ist unwahrscheinlich wichtig“, stellte der Präsident fest, „diese politische Konstruktion beizubehalten, die der ‚Runde Tisch‘ angefangen hat<sup>10</sup>, denn sie sichert das notwendige Gleichgewicht und Stabilität. Aber das ist eine zerbrechliche Stabilität. Es zeigen sich verschiedene Tendenzen, manche spitzen sich zu. Wie Sie sich sicherlich erinnern, hat sich ein ‚großer Sprachwissenschaftler‘<sup>11</sup> die Theorie der Verschärfung des Klassenkampfes ausgedacht, der zufolge der schwache und besiegte Gegner bis zum Ende vernichtet werden muß. Diese Theorie fand ihren praktischen Ausdruck mit all ihren Konsequenzen im Terror der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Wir haben diese Theorie ebenso geerbt, und sie wurde bis zur Mitte der 50er Jahre realisiert.“ „Es ist ein historisches Paradoxon, daß die Kräfte, die die Negation jenes Systems darstellen, heute der Versuchung erliegen, seine besiegten Gegner so zu behandeln, wie diese Theorie es beabsichtigte.“ „Wenn ich von einem besiegteten Gegner spreche, habe ich die polnische Linke im Sinn, die schwach ist und dazu unter ständigem Druck steht. Das beunruhigt mich, denn das könnte zur Entstehung eines neuen Monopols führen, das die Verneinung des Pluralismus darstellen würde, dem wir zustrebten.“ „Die parlamentarische Demokratie geht von einem Spiel der politischen Kräfte aus, von daher sollte eine starke Linke eine unveräußerliche Komponente dieses Spiels sein. Der beste Beweis dafür ist die Rolle, welche historisch und gegenwärtig die SPD im politischen Leben der BRD spielt und welche Rolle Parteien diesen Typus in anderen Ländern des Westens spielen. Wir möchten, daß sich in Polen ein ähnliches System entwickelt. Deshalb sollten die SPD und andere westeuropäische Linksparteien diese Kräfte in Polen unterstützen, die die Existenz des parlamentarischen Gleichgewichts sichern würden.“

Der Präsident merkte dann an, daß sich die Beziehungen auf der Ebene des Präsidialamtes und der Regierung und des Präsidenten und des Premiers gut gestalten. „Es ist auch gelungen, in diesen Transformationsprozeß die Armee und den Sicherheitsapparat harmonisch einzufügen. Als die neue Regierung gebildet wurde, gab es auf der ganzen Welt viele Stimmen, die meinten, daß ihr die Armee, der Sicherheitsdienst, der Präsident gefährlich werden.<sup>12</sup> Heute wird jeder, der die Situation objektiv bewertet, sagen, daß diese Kräfte die Regierung loyal unterstützen, und wenn sie Schwierigkeiten hat, dann werden sie ihr von anderen bereitet. Wir erachten diese Regierung als eine große Chance, denn sie hat eine breite gesellschaftliche Unterstützung, erfreut sich des Vertrauens der Gesellschaft.“ „Ich habe mich Jahrzehnte lang zu der Doktrin von der führenden Rolle der Partei bekannt, in einem Verständnis, nach dem unter den realen Bedingungen die Partei den Garanten des Ordnungssystems darstellt. So wie der Garant des kapitalistischen Systems das Kapital ist. Ich denke, Sie werfen mir keinen Doktrinarismus vor, wenn ich sage, daß im kapitalistischen System bei der Aufrechterhaltung der Stabilität des Staates neben dem parlamentarischen System dem Großkapital eine große Rolle zukommt.“ „In Polen wurde eine Partei mit besonderen Rechten zu diesem Garanten ‚gesalbt‘. In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg hatte dies seine Begründung. Das Land war zerstört, es

<sup>10</sup> Verhandlungen zwischen Regierung/PVAP und der bisher illegalen Opposition (6.2.–5.4.1989), die zu den ersten halbfreien Wahlen am 4.6.1989 und dem Zusammenbruch des Systems führten.

<sup>11</sup> Josif V. Stalin.

<sup>12</sup> In der am 12.9.1989 gebildeten Regierung Mazowiecki übernahmen enge Mitarbeiter Jaruzelskis das Verteidigungs- und das Innenministerium (die Generäle Florian Siwicki und Czesław Kiszczak).

gab eine bestimmte äußere Situation. Es ging darum, die Gesellschaft in dem großen Werk des Wiederaufbaus des Landes nach den Kriegszerstörungen zu organisieren und zu lenken. Hier wurden Fehler gemacht, aber keiner wird verneinen, daß das trotz allem ein großer zivilisatorischer Schritt war.“ „Im Laufe der Zeit hat das System seine motorische Kraft erschöpft. Zwar wurden Reformen unternommen, die die Verbesserung des Systems anstrebten, die Effektivität der Wirtschaft heben sollten, aber die Gesellschaft lehnte sie ab.“ „Jedes Land, jede Führung muß unpopuläre Entscheidungen treffen. Um hier zu handeln, muß sie die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung erhalten, und sie kann sie durch demokratische Wahlen erhalten. Die gegenwärtige Regierung, die eine solche Unterstützung genießt, hat also die Chance, die Gesellschaft durch eine derart schwierige Etappe hindurchzubringen. Aber dafür ist, wie ich bereits gesagt habe, politische Stabilität notwendig, andererseits ist es notwendig, spürbare Ergebnisse in der Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erzielen. Wenn wir diese Zeit überstehen, einschließlich des Herbstes, wird die Situation bedeutend klarer sein.“

„Was die äußeren Bedingungen betrifft“, sagte sodann der Präsident, „würde ich gerne Ihre Prognose hören, wie Europa im Jahre 2000 aussehen wird. Weder Sie noch ich sind Futurologen und noch weniger Propheten, aber Prognosen sind notwendig, denn die Ereignisse entwickeln sich sehr schnell.“ „Wir beobachten aufmerksam all das, was sich in den beiden deutschen Staaten ereignet. Unsere Position ist bekannt. Wir kennen auch Ihre und die Position Ihrer Partei, die Meinung anderer westdeutscher Politiker, darunter die von [Hans-Dietrich] Genscher. Es gibt jedoch gewisse Anzeichen, die uns beunruhigen. Wir könnten das näher besprechen.“

„Aufmerksam beobachten wir auch das, was sich in unserer Region, in der Sowjetunion, ereignet. Wir unterstützen Gorbachev und seine Politik. Wir verstehen, daß er manchmal einen Schritt rückwärts machen muß, um später zwei Schritte vorwärts machen zu können. Andere müßten dies auch begreifen. Gorbachev muß Zeit eingeräumt werden, man muß auch seinen unpopulären Entscheidungen Verständnis entgegenbringen.“

„Im breiteren System – ich habe den Warschauer Pakt im Sinne – ist es zu einer Auflösung gekommen. Wie soll man eine neue Konstruktion bilden, wodurch könnte dieser Pakt ersetzt werden? Es treten immer neue Ideen auf, aber sie sind von sehr allgemeinem, postulierenden Charakter: das gemeinsame Haus von Gorbachev, Mitterrands europäische Konföderation, eine Europäische Union, von der [Helmut] Schmidt und [Valéry] Giscard d'Estaing sprechen. Aber heute weiß im Grunde keiner, wie Europa im Jahre 2000 aussehen wird. Soll Europa lediglich auf der Integration von Westeuropa beruhen, das zum Faktum wird? Oder soll das ein größeres Europa sein? Wenn ja, soll es bis an den Bug reichen oder bis an den Ural? Wie sollte der Kalender seiner Schaffung aussehen? Bisher herrscht in den Versuchen, auf diese Fragen Antworten zu geben, mehr Dichtung als Konkretes. Konkret ist, daß eine Situation entstanden ist, in der sich die Sowjetunion bedroht fühlen könnte. Man muß also daran denken, eine Konstruktion zu schaffen, die allen ein Gefühl der Sicherheit geben wird. Deshalb legen wir großes Gewicht auf die Verhandlungen in Wien, die diese Probleme und die eintretenden Veränderungen berücksichtigen müßten.“

„In der Perspektive der Wiedervereinigung Deutschlands, unter Berücksichtigung der historischen Geschehnisse, Sorgen und Ängste, die immer noch lebendig sind, sollte“, so stellte der Präsident fest, „die Bundesrepublik Deutschland einen Impuls für einen Abbau der Rüstung geben. Und ich versichere, wenn das geschehen wird, werden wir nicht zurückbleiben.“ „Ich kenne Ihre Vorschläge. Gerne würde ich ihren tieferen Sinn kennenlernen. Meinerseits denke ich, daß man die Situation verhindern

sollte, daß auf dem Gebiet der heutigen DDR, zumindest in den nächsten Jahren, irgendwelche zur NATO gehörenden Kräfte stationiert werden. Das ist eine Schlüsselangelegenheit für die Schaffung einer beiderseitigen Verständigung. Dafür haben wir schon vieles getan, aber vieles bleibt noch zu tun. Deshalb ist alles gefährlich, was das Vertrauen erschüttert. Wir müssen eine solche Sprache der beiderseitigen Beziehungen schaffen, bei der man nicht zwischen den Zeilen lesen muß. In dieser Hinsicht rechne ich auf unsere Beziehungen, darauf, daß die SPD weiterhin einen wertvollen Beitrag zu dieser Politik leisten wird, einer Politik, die den Aufbau von Vertrauen zwischen unseren Ländern und Nationen fördert, die Einigung Europas fördert. Es ist schwierig, von einem vereinten Europa zu sprechen, wenn es zu keiner Versöhnung zwischen den beiden größten Nationen im Herzen Europas, zwischen der 80 Millionen zählenden deutschen Nation und der 40 Millionen zählenden polnischen Nation, kommen würde. Das ist eine große historische Verantwortung, die auf uns ruht.“

„Herzlichen Dank für die Art, wie Sie die bisherige Tätigkeit der SPD bewerten“, sagte O. Lafontaine. „Wir sind stolz darauf. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die herzlichsten Grüße von W. Brandt überbringen, der mich darum vor einigen Tagen gebeten hat. In unserer Partei haben wir uns immer bemüht, die internationalen Traditionen der Zusammenarbeit der Nationen beizubehalten.“ „Ich verstehe gut die Besorgnis um die Zukunft der Linken in den Ländern Ostmitteleuropas. Dies kann allein auf der Grundlage einer Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation verstanden werden, in der sich die Linke befunden hat. Sie muß ein neues Profil bilden. H[annah] Arendt sagte, daß man sich ein Bild schaffen muß, das Vertrauen bei den Leuten weckt. Die Linke leidet gegenwärtig daran, daß das, was sie bis jetzt repräsentiert hat, von der Gesellschaft abgelehnt wurde. Aber gleichzeitig weiß die Gesellschaft nicht, was die Linke unter den Bedingungen der Marktwirtschaft machen möchte. Aber man muß wissen und sagen, welche Ziele und Aufgaben sich die Linke stellt, um die Bevölkerung zu führen.“ „Ich sprach mit [Zdzisław] Najder.<sup>13</sup> Ich fragte ihn: Wer wird bei euch die Löhne für die Arbeiter verhandeln, wer wird Gemeinschaftsverträge usw. aushandeln? Es ist sicher, daß im Laufe der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Polens und anderer Reformländer die gesellschaftlichen Konflikte zur Ausbildung eines neuen Bildes von der Linken führen werden; sie werden die Aufgaben bestimmen, die die Linke aufnehmen könnte und sollte.“ „Wir haben es heute in der BRD mit einer neuen Aufgabe zu tun. Es sind ökologische Probleme. Dieses Thema dominiert in den politischen Diskussionen. Das ist also eine Herausforderung für die Linke, wozu sie Stellung nehmen mußte, Antworten und Lösungen liefern mußte. Eine Linke, die sich lediglich auf dem Felde bewegt, das durch zwei Pole gekennzeichnet ist – Kapital und Arbeit –, kann nicht modern sein.“

„Sie fragten nach meinen Vorstellungen von Europa im Jahre 2000“, sagte O. Lafontaine weiter. „In Europa wächst erneut der Nationalismus, vor allem dort, wo dies mit den Freiheitsideen verknüpft wird. Das ist auch ein Problem der Sowjetunion. Wir müssen Lösungen finden, die es erlauben, diese Nationalismen zu überwinden. In der BRD und anderen europäischen Ländern gibt es viele Leute, die meinen, daß ein europäischer Staat mit föderalistischer Struktur entsteht, in der die grundlegende Rolle von den einzelnen Regionen gespielt werden wird. Das ist auch mein Bild, an das ich glaube, denn die einzelnen Regionen unterscheiden sich und definieren ihre

<sup>13</sup> Ehemaliger Leiter der polnischen Sektion von Radio Free Europe (1983 in Abwesenheit zur Todesstrafe verurteilt; Urteil 1989 aufgehoben), seit 22.2.1990 Leiter des Bürgerkomitees an der Seite von Lech Wałęsa.

Identität auf der Grundlage ihrer Kulturmerkmale. So wie das in Spanien geschieht, wo die Eigenheit der Basken oder Katalanen und anderer eindeutig zu sehen ist, oder in Frankreich, in bezug auf die Bretonen, Korsen und andere. Persönlich meine ich, daß es ein langwieriger Prozeß sein wird, aber in seinem Ergebnis entsteht ein vereintes Europa, das nicht in Staaten, sondern Regionen gegliedert wird.“ „Wenn wir von den alten Staats- und Nationsstrukturen abgehen wollen, dann muß man auch von den alten Ideen Abstand nehmen und neue integrierende Strukturen schaffen. Dies betrifft auch die Wirtschaft. Je stärker die Nationen wirtschaftlich verbunden sind, so daß einer ohne den anderen nicht leben und funktionieren kann, je mehr es verschiedene Verbindungen und gegenseitige Abhängigkeiten gibt, desto mehr dient dies dem Frieden, der Stabilität und dem Gleichgewicht. Dieses System der Verknüpfungen ist heute sehr groß und darin besteht die Chance für die Zukunft, für die Vereinigung Europas.“

„Was die Sicherheitspolitik betrifft“, setzte Lafontaine fort, „so ist meine Sorge, daß die BRD, unsere Gesellschaft dazu neigt, sich allein damit zu beschäftigen, ob die DDR in der NATO sein soll. Das ist ein falsches Denken, in alten Kategorien, das nicht berücksichtigt, was unsere Nachbarn denken und sprechen. Wenn wir in der SPD von der Sicherheitspolitik sprechen, dann berücksichtigen wir die Interessen der Nachbarn. Hieraus rührt unter anderem die Idee der polnisch-deutschen Brigade. Es geht darum, daß man bei dieser Gelegenheit diskutiert, wie die neuen Sicherheitsstrukturen aussehen könnten, allerdings nicht nur in bezug auf die DDR oder das vereinte Deutschland, sondern auf ganz Europa. Mein Vorschlag stützt sich auf das Modell der deutsch-französischen Brigade. Dabei geht es nicht um die Maximierung irgendwelcher militärischer Funktionen einer solchen Brigade, sondern um ein besonderes Symbol der Zusammenarbeit.“ „Ich bin mir bewußt, daß dies ein langwieriger und schwieriger Prozeß ist. Meine polnischen Freunde möge das nicht schrecken, aber ich meine, daß es die optimale Lösung wäre, eine „Mischung“ aller militärischen Kräfte, europäischen Kräfte zu bilden, so daß es in Europa keine gegnerischen Kräfte, keine Feinde mehr geben würde.“ „Wenn wir danach streben wollen, Integrationsstrukturen zu schaffen, wenn wir die Richtung des Gedankens von einem vereinten Europa im wirtschaftlichen, kulturellen usw. Sinne entwickeln möchten, dann müssen wir auf dem Wege dorthin Barrieren beseitigen, mit denen wir uns alle abgeriegelt haben, auch im militärischen Sinne. Eben in dieser Richtung gehen unsere Ideen.“

„Kann man das als eine Weiterentwicklung der Formel vom ‚Europa der Vaterländer‘ von Ch[arles] de Gaulle verstehen?“, fragte der Präsident. „Präsident de Gaulle sprach von einem ‚Europa der Vaterländer‘“, antwortete O. Lafontaine. „Hingegen sprechen wir nicht so sehr von einem ‚Europa der Vaterländer‘ im deutschen Verständnis des Begriffes Vaterland als vielmehr von einem ‚Europa der Heimatländer‘, einem ‚Europa der Regionen‘ im Sinne von Heimat. Ch. de Gaulle war ein Mensch seiner Zeit, und seine Konzeption war ein Ausdruck dieser Epoche. Wir haben es wiederum mit einer neuen Situation zu tun, mit neuen Strukturen und Erscheinungen – in der Wirtschaft, Kultur, Massenkommunikation, Touristik usw. Das sind völlig andere Zeiten. In der Zeit de Gaulles gab es solche Möglichkeiten an Kommunikation und Informationsfluß nicht, es gab keinen Massentourismus, es gab keine solche Arbeitsteilung.“

„Erlauben Sie mir, eine ‚professorale‘ Bemerkung zu machen“, sagte H. Ehmke. „Der Nationalstaat entstand auf der Grundlage der Verbindung zwischen der Gehorsamkeit der Bürger gegenüber dem Staat und dem Schutz seiner Bürger durch den Staat. Der Bürger sagte: Ich ordne mich dem Staat unter, denn er schützt mich. Gegenwärtig garantiert der Nationalstaat diese Sicherheit nicht mehr. Der Staat gibt

seine Funktionen ‚nach oben‘ ab, überträgt sie den internationalen Organisationen, den europäischen Strukturen und Institutionen usw. Wenn in einigen Jahren der Prozeß der Bildung des Binnenmarktes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeschlossen sein wird, dann behält der Bundestag lediglich 20% seiner gegenwärtigen Rechte im Bereich der Wirtschaft. Den Rest – 80% – übernehmen die europäischen Strukturen. Wenn wir im neuen Europa keinen Zentralismus wollen, ist es wichtig, daß der Staat einen Teil seiner Funktionen nicht nur „nach oben“, sondern auch „nach unten“ delegiert, und zwar so, daß die Regionen größere Vorrechte und Möglichkeiten zum Handeln erhalten könnten.“ „Das war eine kurze Bemerkung“, stellte scherzhaft H. Ehmke fest, „also keine, die sich für einen deutschen Professor gebühren würde, und außerdem hat sie nicht die Situation in Polen berücksichtigt.“

„Dennoch war sie wertvoll und tief“, sagte der Präsident. „Generell teile ich die Ansicht, aber erlauben Sie mir in der Rolle eines advocatus diaboli aufzutreten. Die europäische Integration, die zwischenstaatlichen Aufteilungen zu verwischen – das ist eine schöne Idee. Gewisse Elemente dieser Integration sind schon realisiert, aber der Weg zum Ziel ist noch weit und kompliziert. Diese Idee eines vereinten Europa ist übrigens keine moderne ‚Erfindung‘. Sie war schon durch die Klassiker des Marxismus verkündet worden, die von der Auflösung des Staates und, was damit einhergeht, von der Auflösung der Staatsgrenzen, über eine gemeinsame Sprache usw. sprachen. Das war eine edle Idee, aber utopisch. Das, was Sie vorschlagen, also die Gemeinschaft der Regionen, vielleicht ist das keine Utopie, aber das bedeutet überhaupt nicht, daß es einfach ist, sie zu realisieren. Auf der konkreten Etappe der real existierenden Unterschiede und der selbständigen Staatsorganismen bin ich Anhänger folgender Herangehensweise. Dieses gemeinsame Haus, dem wir alle zustreben, oder zumindest deklarieren wir unsere Bereitschaft, es zu erbauen, sollte Innenwände haben. In diesem Haus sollten alle Fenster und Türen offen sein, so daß durch sie, innerhalb der einzelnen Zimmer, ein freier Austausch, Durchgang von Ideen, Menschen, Waren, Erfahrungen usw. erfolgen kann. Aber jedes dieser Zimmer müßte Tapeten und Möbel haben, die nach dem Geschmack seiner Bewohner ausgesucht wären. Es wäre gut, wenn dabei Platz für Wettbewerb wäre, wer die besseren Möbel hat, denn eine solche Rivalität ist immer ein Motor des Fortschritts.“ „Eine Integration, die die Gleichheit der Rechte vorsieht, ist schwierig. Es gibt immer gleiche und ‚gleichere‘. Heute sind ‚gleichere‘ die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Und im vereinten Europa könnte sich Deutschland als ‚gleicher‘ entpuppen. Davor fürchten sich Frankreich, Großbritannien und andere Staaten. Aber so sieht die objektive Wahrheit aus, daß derjenige, der das größere Potential hat, den größeren Einfluß ausübt. Eine Scheingleichheit weckt also Mißverhältnisse. Es gibt Mechanismen, die es erlauben, dies zu neutralisieren, aber das kann man nicht gänzlich erreichen. Was allerdings nicht bedeutet, daß man diesem Ziel nicht zustreben sollte, auch im militärischen System.“ „Solange die NATO und der Warschauer Pakt existieren, ist es notwendig, verschiedene Kontakte unter ihnen zu entwickeln, auch bilaterale. Gestern habe ich den Verteidigungsminister Italiens, vor einigen Tagen den Verteidigungsminister Spaniens empfangen. Das sind sehr nützliche Kontakte, die das Vertrauen stärken, aber sie enthalten trotz allem mehr Höflichkeit als praktische Werte, während ich, wenn ich von der Entwicklung der militärischen Kontakte spreche, verschiedene konkrete Formen der Zusammenarbeit im Sinne habe.“ „Ihre Idee einer polnisch-deutschen Brigade ist eine sehr schöne Idee. Es gibt schon das deutsch-französische Beispiel. Dennoch benötigt diese Idee eine Präzisierung, zum Beispiel die, wo diese Brigade stationiert werden sollte. Wenn dies das Territorium der DDR sein sollte, würde das zu einem Präzedenzfall führen, denn dann würde auf dem Gebiet der DDR

eine Einheit untergebracht werden, die zur NATO gehört. Andererseits denke ich nicht, daß man zustimmen würde, eine polnische Einheit auf dem Gebiet der BRD zu stationieren. Dieses und eine Reihe anderer Probleme müßten in einem bedeutend breiteren Kontext betrachtet und geklärt werden.“<sup>14</sup>

„Wenn man von dem Grenzproblem einmal absieht“, sagte sodann der Präsident, „habe ich die Befürchtung, daß die Vereinigungsprozesse Störungen auf verschiedenen Gebieten verursachen werden, in denen wir gute Traditionen in der Zusammenarbeit mit der DDR hatten. Als Beispiel habe ich hier den Ferienaustausch der Kinder und Jugendlichen im Sinne, der 300 000 Personen jährlich umfaßte. Im Laufe der Jahre waren es Millionen junger Leute. Ich denke auch an verschiedene ökonomische Verbindungen, wirtschaftliche Kooperationen. Solche Beispiele kann man im übrigen noch mehr anführen. Wir fürchten, daß hier ernsthafte Störungen auftreten könnten. Man muß damit rechnen, daß viele wertvolle Formen der Zusammenarbeit nicht aufrechterhalten werden können, zum Nachteil für die gegenseitigen Beziehungen.“ „Ich sage auch offen, daß ich nicht in [Erich] Honecker ‚verliebt‘ war, aber wenn ich den politisch-psychologischen Kannibalismus gegenüber dem am Grabe stehenden Menschen sehe, dann weckt das in mir Mißbehagen. Ich denke an seine antifaschistische, in den Lagern verbrachte Vergangenheit, an die Jahre der Arbeit für das Land. Er hat doch vieles erreicht. Das kann nicht weggestrichen werden, auch wenn man das System ablehnt, in dem er tätig war.“

„Die Prozesse, die gegenwärtig in der DDR stattfinden“, bemerkte der Präsident, „haben ihre inneren Ursachen, aber auch äußere Inspirationen. Sie erwähnten, daß sich die Bedeutung der Nationalismen verringern wird, daß sie in den Hintergrund treten, daß sie ein regionales Ausmaß haben werden. So kann man auf die Basken und Korsen schauen. Diese kleinen nationalistischen oder separatistischen Bewegungen haben sicher eine gewisse Bedeutung, aber sie stören nicht das ganze System. Die kleinen Nationalismen sind im Allgemeinen nicht gefährlich. Gefährlich sind die großen Nationalismen, zum Beispiel der großrussische Nationalismus, der real werden könnte, als eine Reaktion auf die Befürchtung einer Desintegration der UdSSR. Ich hoffe, daß Sie, meine Herren, es mir nicht verübeln, wenn ich sage, daß man auch sehr wachsam sein muß, daß der deutsche Nationalismus nicht wieder aufleben wird. Dieser Nationalismus, eines großen Staates, hätte sicherlich ein anderes Ausmaß als die kleinen lokalen Nationalismen, an die wir erinnerten. Deshalb beunruhigt uns die Situation in der DDR, nicht nur im Kontext der Wahlergebnisse, denn hier ‚spielte‘ der Faktor der von Kohl verheißenen Wahlwürste eine Rolle, sondern vor allem auch im Kontext der Zunahme der nationalistischen Stimmungen, der Stärkung des Einflusses der Republikaner usw. Vielleicht ist das nicht für heute und morgen gefährlich. Aber was wird übermorgen sein? Ich frage Sie nicht zufällig nach dem Bild von Europa im Jahre 2000. Ich werde es wahrscheinlich nicht mehr erleben, aber Sie wohl. Deshalb muß man die möglichen Szenarien der Entwicklung der Ereignisse prognostizieren. Ohne Zweifel ist die Variante der Integration und der Vereinigung,

<sup>14</sup> Am Vortrag reagierte Skubiszewski (nach seiner eigenen Aufzeichnung) auf die Idee der Schaffung einer deutsch-polnischen Brigade, die Lafontaine vortrug, mit den Worten: „Ich beurteilte dieses Projekt positiv und betonte, daß dies mit meinen Vorstellungen übereinstimmt“. Der Außenminister bezeichnete den Entwurf als eine vertrauensbildende Maßnahme und einen Beitrag zur Schaffung einer „guten politischen Atmosphäre“ im deutsch-polnischen und im europäischen Kontext, zit. nach: TOMALA (wie Anm. 7), S. 139.

von der Sie sprachen, vorteilhaft. Aber können wir annehmen, daß das in Westeuropa herrschende Wohlbehagen ewig andauern wird? Schauen wir in die Geschichte und überlegen, ob man annehmen darf, daß in einem beliebigen System, mag es auch das beste sein, die Prosperität unendlich dauern wird? Ich erinnere an die Krise der Wende der 20er und 30er Jahre, an die spätere Zeit der Rezession, den Ölschock usw. Real sind auch andere Bedrohungen: demographische, ökologische, der Energie, der Rohstoffe. Ein gesondertes Problem stellt die Verschuldung dar. Gibt es daraus einen Ausweg? Wenn es uns nicht gelingt, hier etwas zu ändern, dann erreicht diese in einigen Jahrzehnten in Polen die astronomische Summe von 80 Milliarden Dollar. Mit ähnlichen Problemen schlagen sich auch andere europäische Länder herum, von Afrika oder Lateinamerika zu schweigen. Entweder gelingt es, dieses Problem zu vermindern, oder es wird zu einer Explosion führen. Man kann sich nicht damit beruhigen, was heute in Westeuropa vor sich geht. Global gesehen, ist Westeuropa eine Insel der Glückseligkeit. Aber ein Taifun kann zu der glücklichsten Insel gelangen. Wird es unter den Bedingungen der Krise nicht zur Entstehung eines Nährbodens für die Wiedergeburt des Nationalismus kommen? Also muß man in den Szenarien auch die weniger günstigen Entwicklungsvarianten der Ereignisse berücksichtigen. Man muß Sicherheiten schaffen, dabei ein Netz des Vertrauens bilden, das uns vor solchen Gefahren bewahren könnte.“

„Sie erinnerten an die Rolle der Linken“, sagte der Präsident weiter. „Die polnische Linke zahlt jetzt einen hohen Preis für ihre Vergangenheit, und sie wird ihn noch lange zahlen. Ich bin völlig damit einverstanden, daß die Linke ein konkretes Programm haben muß, das attraktiv ist, das sich nicht auf, wie Sie sagen, das System Kapital-Arbeit bzw. Preise-Löhne beschränkt. Diese Linke hat einigen Millionen Menschen doch einen enormen kulturellen und zivilisatorischen Aufstieg gebracht, indem sie sie aus dem Abgrund herausholte, aus dem halbfeudalen Dorf. In der Zeit zwischen 1945 und 1988 ist die Zahl der Stadtbevölkerung von 7 auf 24 Millionen gewachsen, also ist sie um 17 Millionen gestiegen. Das ist so viel wie die gesamte Bevölkerung der DDR, zweimal Bulgarien, dreimal Finnland. Dieses enorme Wachstum vollzog sich aber in rückständigen, zerstörten Städten. Unabhängig von den begangenen Fehlern ist gerade die schnelle Urbanisierung die Ursache dafür, daß es uns nicht gelungen ist, viele andere Aufgaben zu realisieren. Aber die Linke gab das billige Buch, Kindergärten und Krippen, viele andere sozialen Errungenschaften. Heute sagt man, daß Wohnungen eine Ware sind. Wer Geld hat, kann sie kaufen. Das kann man in reichen Ländern einfach sagen. Beim niedrigen Lebensstandard unserer Gesellschaft schließt eine solche Herangehensweise die Mehrheit derjenigen aus, die diese Wohnungen brauchen. Je ärmer der Staat und die Gesellschaft sind, desto größer ist die Notwendigkeit, die grundlegenden Sozialleistungen zu gewährleisten. In dem Wirtschaftsprogramm, das gegenwärtig auf eine dynamische und radikale Art in unserem Land eingeführt wird, gibt es gewisse Tendenzen einer Rückkehr zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Und das schafft ein Betätigungsfeld für die Linke; ebenso die Fürsorge, daß die Kultur, die Wissenschaft nicht einen Niedergang erlebt. Um als Vertreter und Anwalt eines Programms aufzutreten, reicht es jedoch nicht aus, recht zu haben, man muß auch Instrumente haben. Die Linke ist ihrer heute beraubt. Die bisherige Opposition verfügte über Rundfunksender wie die Stimme Amerikas, Radio Free Europe usw. Dank des Geldes und der Ausrüstung aus dem Westen hatte sie die Möglichkeit, im zweiten Umlauf massenhaft Publikationen zu drucken. Sie nahm auch die Unterstützung der Kirche in Anspruch. Gegenwärtig hat die Linke solche Möglichkeiten nicht. Sie kann weder auf Radio Moskau, auf die Kirche, auf Druckereien im Untergrund noch auf Dollars rechnen. Es entsteht eine Situation, in

der sich wieder ein einheitliches monopolistisches System herausbildet.“ „Ich dramatisiere vielleicht ein bißchen. Ich glaube an den Realismus der Hauptkräfte, die auf der polnischen politischen Bühne arbeiten. Ich habe Vertrauen zu Premier T[adeusz] Mazowiecki, zu den Leuten des anderen Lagers, die etwas vom Ethos der Linken in sich haben. Aber das ist nicht endgültig auskristallisiert. Und in diesem Milieu existieren innere Diskrepanzen. Im Moment sind wir in einem Gärungszustand. Möge nur aus dieser Gärung ein Rhein- oder Moselwein entstehen und nicht Essig.“

„Die Linke wird nur dann politische Erfolge haben“, stellte O. Lafontaine fest, „wenn sie ziemlich genau die Trends und gesellschaftlichen Tendenzen kennen wird. Der Nationalismus wurde oftmals durch gesellschaftliche Konflikte verstärkt. Nehmen wir als Beispiel die DDR. Als in der DDR die Rufe nach dem größeren Deutschland anhoben, da war dies ein Schrei nach Wohlstand, nach dem, was Sie die Wurst aus der BRD nannten. Solche gesellschaftlichen Konflikte drücken sich immer in der Form einer Identitätskrise des Individuums aus. Dann beginnt die Flucht, die Suche nach Zuflucht in der Gemeinschaft. Je schwächer die Gesellschaft ist, um so stärker sind diese Art Tendenzen. Diejenigen, die gesellschaftlich am schwächsten sind, sind stets dem Rechtsradikalismus zugeneigt. Deshalb stimme ich mit Ihnen in dem überein, was Sie über die nationalistischen Gefahren gesagt haben.“

„Wichtig ist es, auch eine Antwort darauf zu geben, wie sich die Linke das künftige Europa vorstellt“, sagte O. Lafontaine weiter. „Die gesellschaftlichen Konflikte können sich in nationale Konflikte verwandeln. Deshalb muß man sich überlegen, was die Linke tun und vorschlagen kann. Wir wollen eine Gesellschaft frei von sozialen Konflikten schaffen. Aus diesem Grunde setzen wir auf die Integration, nicht nur die militärische, sondern vor allem auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche. Die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist auf der Grundlage der Integration zustande gekommen: Jugendaustausch, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften usw. Wenn wir heute über die möglichen Richtungen der Entwicklung der Geschehnisse nachdenken, müssen wir Lösungen berücksichtigen, die noch vor kurzem als völlig unmöglich erschienen. Zum Beispiel war noch vor einem Jahr die Verlängerung des Militärdienstes im Gespräch, und jetzt sprechen wir von seiner Verkürzung. Vor einem Jahr sprachen wir über die Notwendigkeit, die Lance-Raketen zu modernisieren, jetzt sprechen wir davon, daß wir Nuklearraketen nicht mehr benötigen. Das, was uns vor einem Jahr als notwendig erschien, ist heute schon überflüssig. Viele Dinge sehen heute anders aus, das Notwendige wird überflüssig.“

„Was die polnisch-deutsche Brigade betrifft“, stellte O. Lafontaine fest, „so sprach ich darüber mit Minister [Krzysztof] Skubiszewski. Vielleicht lohnt es sich, im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung darüber nachzudenken, eine tiefergehende Diskussion im Kreise von Spezialisten durchzuführen? Ich finde, daß es sich um eine gute Idee handelt, und halte daran fest.“

„Sie erwähnten die Kultur. Die Linke braucht Kultur. Als ich mich für eine Präsentation des Buches von [Nikolaj I.] Bucharin auf der Frankfurter Buchmesse vorbereitete, stöberte ich ein wenig in alten Büchern. Bucharin schrieb, daß die Revolution verlieren wird, wenn sie nicht einen neuen Kulturbegriff schafft. Ich berufe mich auf das Beispiel Georgiens, das ich gut kenne, denn Saarbrücken ist die Partnerstadt von Tbilisi. Die Sowjetregierung hatte keine Ahnung, was Kultur ist. Wenn sie gewußt hätte, was das bedeutet, dann hätte sie nie diese alte Kultur angerührt. Das war eine absurde Politik. Bitte stellen Sie sich vor, ob es zu diesen Konflikten gekommen wäre, wenn in Georgien ein starkes kulturelles Leben existierte, es funktionierende föderale Strukturen gäbe.“ „Wir als Linke müssen nach integrierenden Modellen suchen. Ich

stelle mir vor, die Regionalstrukturen zu vereinigen, die die Ursachen für gesellschaftliche Konflikte beseitigen könnten. Sind nicht zum Beispiel die Vereinigten Staaten ein Vorbild anderer Art, die doch keine Nation und eine multikulturelle Gesellschaft sind? Wir müssen ähnliche Lösungen und Strukturen für Europa finden.“ „Im Jahre 1986 diskutierte ich mit A[ndrej] Gromyko über die Linke. Die Linke sang die ‚Internationale‘, aber ihr Verhalten und ihre Gesinnung waren nationalistisch. Die Sozialdemokratie in der BRD und in Frankreich und in anderen Ländern hat auch viele Fehler begangen. Erst jetzt verwandelt sie sich in eine gesamteuropäische Partei.“ „Unsere Position zur Grenzangelegenheit mit Polen ist deshalb so wie sie ist, weil wir nicht in staatlichen Kategorien, sondern in europäischen Kategorien denken. Für uns ist das eine eindeutige Sache.“ „Sie haben recht, wenn sie sagen, daß wir nicht sicher sein können, daß alles nach unserem Wunsch verlaufen wird, nach optimistischen Szenarien, ohne Fehler und Entstellungen. Um so mehr muß man Strukturen schaffen, die helfen, gesellschaftliche Konflikte zu beseitigen. Übrigens trifft sich die sozialistische Lehre in dieser Frage mit dem Christentum. Diese beiden Lehren dürften sich nicht bekämpfen. Immer dann, wenn der Sozialismus oder das Christentum in den Kategorien der Nationalstaaten gedacht haben, sind sie auf Abwege geraten“.

„Ich stimme zu, daß die Kultur ein wichtiger Faktor für die Milderung von Konflikten ist“, stellte der Präsident fest, „selbstverständlich soweit sie nicht die Formen einer ‚Kulturrevolution‘ annimmt. Die Vermischung der Kulturen ist in der Tat ein integrierender Faktor. Neben der wirtschaftlichen Integration ist gerade die Kultur derjenige Faktor, der der Annäherung der Nationen dient. Und die europäischen Nationen haben sich sehr vieles zu bieten. Die Mauer, der eiserne Vorhang haben in dieser Hinsicht viele Schäden verursacht. Jetzt gibt es die Chance, daß sich die kulturelle Zusammenarbeit dynamischer entwickelt, daß sie uns gegenseitig bereichert.“ „Alle hier ausgedrückten Gedanken verdienen es, in die Werkstatt genommen, vertieft und entwickelt zu werden. Deshalb unterstreiche ich nachdrücklich, daß man diese Kontakte aufrechterhalten muß, denn sie haben doch schon reiche Traditionen. Die gegenwärtige politische Konstellation in Polen kann diese Kontakte erschweren, aber ich baue darauf, daß man Ebenen für den Erfahrungsaustausch zwischen den Linken unserer beider Staaten findet.“

„Es naht sich der 20. Jahrestag des Abkommens über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen im Dezember 1970“, bemerkte sodann der Präsident. „Ich denke, daß wir diesem Jahrestag einen geeigneten Rang einräumen sollten, um gemeinsam an das bedeutende Ereignis auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erinnern. Unsererseits werden wir alles tun, ein Maximum guten Willens zeigen, um zu einer Aussöhnung zu kommen, die ein wichtiger Faktor für die europäische Einigung sein wird.“

Der Präsident stellte dann fest, daß ein besonders wichtiger Integrationsfaktor die wirtschaftliche Zusammenarbeit wäre. Sie kann jedoch nur dann effektiv sein, wenn sie auf ähnlichen Ebenen der technologischen und ökonomischen Entwicklung stattfindet. „Gegenwärtig ist die Distanz, die uns auf diesem Gebiet aus unterschiedlichen Gründen trennt, groß. Ich möchte unterstreichen, daß es uns nicht gelingt, eine effektive, harmonische Zusammenarbeit zu sichern, wenn wir nicht eine Annäherung des Niveaus in der technologischen Entwicklung erzielen. Das ist ein Brennpunkt, so wie auch die Teilung Nord-Süd und andere Teilungen Brennpunkte sind.“

„Ich freue mich, daß wir die Gelegenheit hatten, dieses Gespräch zu führen“, sagte der Präsident zum Abschluß. „Ich wünsche Ihnen, daß Ihre Pläne in Erfüllung gehen mögen und daß sie der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, Deutschland und der Einheit Europas dienen mögen. Bitte richten Sie auch herzliche Grüße an W.“

Brandt, H. Schmidt, H[ans]-J[ochen] Vogel und alle unsere Freunde in der Führung der SPD aus.“

Indem H. Ehmke an die Ausführung des Präsidenten über die möglichen Konsequenzen der Vereinigung Deutschlands für die Beibehaltung der Kontinuität der verschiedenen Formen der Zusammenarbeit, die zwischen Polen und der DDR existieren, anknüpfte, schlug er vor, daß „die polnische Seite eine Auflistung dieser Formen und die Gebiete der bisherigen Zusammenarbeit mit der DDR zusammenstellt, die sie mit dem vereinten Deutschland aufrechterhalten möchte“.

Dem Treffen wohnten der Staatsminister [im Präsidialamt] J[ózef] Czyrek und der Staatssekretär im Außenministerium B[olesław] Kulski bei. O. Lafontaine begleiteten H. Ehmke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, und H. Koschnick, Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag. Anwesend war der Botschafter der BRD in der Republik Polen, G[ünter] Knackstedt.

Das Gespräch dauerte annähernd zwei Stunden.

Aufgezeichnet: S[ławomir] Cytrycki

Übersetzung: Kornelia Hubrich-Mühle